



# Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

## Interview mit dem Hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel



Der Hessische Ministerpräsident Hans Eichel

*Frage: Die deutschen Wirtschaftsbosse und auch die Bundesbank vertreten den Standpunkt, daß durch die hohen Lohnforderungen der Gewerkschaften der Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet ist. Dagegen vertreten andere Wirtschaftsfachleute den Standpunkt, daß die Überbewertung der Deutschen Mark in den letzten Jahren mehr zur Gefährdung beigetragen hat. Was ist Ihre Ansicht?*

Die objektiven Daten sprechen hier eine deutliche Sprache. Trotz der höchsten Arbeitskosten ist der Standort Deutschland im Vergleich zu anderen führenden Industrienationen nicht so schlecht, wie ihn Standortpessimisten reden wollen. Ein Blick auf die Arbeitsproduktivität und die Lohnstückkosten ermöglicht einen aussagekräftigen Vergleich. Dieser zeigt, daß die durchschnittlichen Realeinkommen je Arbeitnehmer in Westdeutschland in den letzten 5 Jahren die niedrigste Zuwachsrate aller wichtigen Industrienationen hatten. Dies ist ein

Beleg für moderate Tarifabschlüsse. Hohe Stundenlöhne bei kurzen effektiven Arbeitszeiten sind zudem durch die hohe Produktivität gerechtfertigt. Sicherlich ist nicht zu verleugnen, daß die starke Deutsche Mark Schwierigkeiten für die bundesdeutsche Exportwirtschaft mit sich bringt. Deswegen bin ich auch für die Europäische Währungsunion, die diese Nachteile ausgleichen würde. Allerdings muß an dieser Stelle auch gesagt werden: Wir exportieren immer noch weit mehr Waren, als zu uns kommen.

*Frage: Um den Export anzukurbeln, legen die Staatsbanken anderer Länder - z.B. Spanien - großen Wert darauf, daß ihre Landeswährungen im internationalen Vergleich nicht so hoch bewertet werden. Wie in der Zeitschrift Kapital zu lesen ist, tut unsere Bundesbank - und hier vor allem Herr Issig - sehr oft das Gegenteil. Sie reden die Deutsche Mark stark und den Dollar schwach. Außerdem verhindern sie durch ihre Zinspolitik, daß der stark unterbewertete Dollar wieder steigt. Welche Ansicht vertreten Sie?*

Zunächst einmal bin ich ein Verfechter der Unabhängigkeit der Bundesbank. Ich meine, daß wir in den letzten 50 Jahren gut mit dieser Unabhängigkeit gefahren sind. Ein Beleg für die hohe internationale Anerkennung der Deutschen Bundesbank ist, daß auch die Europäische Zentralbank nach ähnlichem Muster geplant ist. Die Stärke der DM ist in diesem Zusammenhang natürlich auch ein Beleg dafür, daß die internationale Finanzwelt den Standort Deutschland und seine Währung gut bewertet. Sicherlich läßt sich über die ein oder andere Zinsentscheidung streiten. Ich bin allerdings der Auffassung, daß insgesamt die Vorteile der jeweiligen Entscheidungen der Bundesbank in der Summe überwogen haben.

*Frage: Ein Teil der Kosten für die deutsche Einheit wurde über die Rentenkasse und die Bundesanstalt für Arbeit finanziert. Dadurch wurden die Lohnnebenkosten in die Höhe getrieben. Würde eine von der SPD gestellte Bundesregierung hier andere Weichen stellen?*

Die SPD hat von Anfang an die Meinung vertreten, daß die enormen Lasten der deutschen Einheit - ca. 150 Milliarden DM jährlich - steuerfinanziert werden müs-

sen. Es kann nicht sein, daß nur ein Teil der ArbeitnehmerInnen, nämlich die Angestellten und Arbeiter und die sie beschäftigenden Betriebe die Lasten der deutschen Einheit zu tragen haben. Das ist ungerecht. Hier besteht Handlungsbedarf, und die SPD hat hier eine eindeutige Position.

*Frage: In Wirtschaftszeitungen versprechen Anzeigen eine sehr hohe Rendite, wenn man sein Kapital in der ehemaligen DDR beim Bau von Häusern, Gewerbeparks usw. anlegt. Dadurch ergeben sich ganz erhebliche Abschreibungsmöglichkeiten. Gehen dadurch dem Finanzminister erhebliche Steuereinnahmen verloren?*

Natürlich gehen dem Finanzminister Steuereinnahmen verloren. Die Bundesregierung hat versucht, mit ihrer Politik der Abschreibungen private Investoren in den Osten zu locken. In Maßen ist das auch richtig. Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß sinnlose Projekte gefördert werden und die kurzfristige Rendite im Vordergrund steht. Das ist volkswirtschaftlich schädlich, denn es wird eine zweite Pleitewelle nach sich ziehen. Meine Kritik ist: Die Mittel wurden durch dieses System zu ungenau eingesetzt, gleichzeitig wurden große Löcher in die Finanzkassen der öffentlichen Hände gerissen. Dies kann nicht gut gehen, das muß geändert werden.

*Frage. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß von interessierter Seite der Wirtschaftsstandort Deutschland heruntergeredet wird. Dabei wird bewußt übersehen, daß die Produktivität in Deutschland höher ist als in vergleichbaren Ländern. Teilen Sie meine Ansicht?*

Das habe ich ja bereits eingangs festgestellt. Die Produktivität in Deutschland ist im internationalen Vergleich außerordentlich hoch, so daß die realen Lohnstückkosten im Vergleich voll konkurrenzfähig sind.

*Frage: Das Land Hessen und auch die anderen Bundesländer könnten viele Millionen einsparen, wenn Beamte nicht mehr privatversichert sein müssen. Ärzte und vor allem Chefärzte langen bei privat versicherten Beamten kräftig mit ihren Honoraren zu, denn auch bei Beamten des einfachen Dienstes wird immer der Höchstsatz berechnet. Die Festsetzung: „In der Jugend reingelockt und im Alter abgezockt“ trifft bei Privatpatienten zu. Würden Sie sich dafür einsetzen, daß Beamte nicht mehr privat versichert sein müssen?*

Wir sind im Moment in schwierigen Verhandlungen mit dem Bundesminister des Innern zu einer Reform für den öffentlichen Dienst. Dabei ist meine Grundthese, daß wir versuchen sollten, Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes möglichst gleich zu behandeln. Dies hätte selbstverständlich auch Auswirkungen auf den Krankenversicherungsbereich. Ich denke, daß es hier dringenden Reformbedarf gibt.

*Frage: Schon in der Weimarer Republik war die SPD oft in sich zerstritten und ihren führenden Repräsentanten wurde das Leben oft schwer gemacht. Der überparteiliche Bundesbürger hat oft den Eindruck, daß sich die*

*SPD mehr mit eigenen Problemen befaßt und dabei Probleme des Landes zu wenig beachtet. Wie sehen Sie die Situation der SPD?*

Nach dem Mannheimer Parteitag haben wir uns in der Parteispitze ordentlich berappelt. Persönliche und über die Medien ausgetragene Streitigkeiten sind nach meiner Beobachtung eigentlich nicht mehr an der Tagesordnung. Das ist gut so. Im kommenden Jahr wird es darauf ankommen, die SPD als leistungsfähige, soziale Alternative zu abgewirtschafteten Regierung Kohl zu profilieren. Denn aus den Stimmungen von 1997 werden die Stimmen für das Bundestagswahljahr 1998.

*Frage: Die SPD-geführten Länder haben im Bundesrat für die Abschaffung der privaten Vermögenssteuer gestimmt. Wie ist dies vor dem Hintergrund wachsender sozialer Ungleichgewichtigkeiten in unserer Gesellschaft zu vermitteln?*

Zunächst einmal: Die private Vermögenssteuer entfällt ab dem 1. Januar 1997, weil die Bonner Koalition aus CDU/CSU und F.D.P. das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das eine Reform der Vermögenssteuer notwendig gemacht hätte, nicht aufgegriffen hat und dadurch die Vermögenssteuer zum Ende des Jahres 1996 komplett ausgelaufen ist. Das bedauern insbesondere die Länder sehr, denn die Vermögenssteuer kam ihnen zugute. Darüber hinaus halte ich diese Entscheidung für politisch schwer vermittelbar. Wenn auf der einen Seite die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle gekürzt oder die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zusammengestrichen werden, ist es, vorsichtig formuliert, im höchsten Maße ungerecht und unsozial, die Steuer für Vermögen wegfällen zu lassen. Da paßt einiges nicht mehr zusammen. Die SPD hatte leider keine Möglichkeit, dies zu ändern und hat sich deshalb in den letzten Verhandlungsrunden zum Jahressteuergesetz darauf konzentriert, wie angesichts der Haltung der Bundesregierung die Finanzausstattung der Länder einigermaßen gesichert werden kann. Hier konnten wir das Schlimmste vermeiden.

*Das Interview wurde von unserem Pressesprecher Hans Bonkas geführt.*

**Wählen gehen !!**

**Kommunalwahl  
in Hessen  
am 2. März 1997**

## Zum 72. Todestag des ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert



Zum 72. Todestag des ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert ist es uns eine ganz besondere Freude aus dem Nachlaß unseres ehemaligen Bundesvorsitzenden, Prinz Hubertus zu Löwenstein, die nachstehenden Aufzeichnungen auszugsweise zu veröffentlichen:

### Friedrich Eberts 20. Todestag - Gedächtnisfeier in New York am 2. März 1945

Schwarzrotgoldnes Fahnentuch schmückte neben anderen Dekorationen das große Auditorium der „Rand School for Social Science“ in New York, als dort am Abend des 2. März 1945 Weiheklänge ertönten. Sie galten der Eröffnung einer Gedenkfeier für Friedrich Ebert, dem 1. Präsidenten der Deutschen Republik, dessen Todestag sich 2 Tage vorher, am 28.2. zum 20. Male jährte.

Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Deutsche und Deutschamerikaner, ehemalige Anhänger der verschiedenen Parteien, von der Sozialdemokratie bis zu den Rechten, waren gekommen, um das Andenken der deutschen Republik und ihres 1. Präsidenten zu ehren. Als der Schlußchor erklang, lag über der Versammlung eine Stimmung tiefer Ergriffenheit.

Es war in der Tat ein geschichtliches Ereignis, daß in den USA, inmitten des 1. Weltkrieges, Menschen deutscher Muttersprache das Andenken eines der größten Deutschen ehren und ihrer Anhänglichkeit Ausdruck geben durften.

Nachfolgend die dort gehaltenen Reden der Reihe nach:  
1. Friedrich Stampfer · 2. Dr. Veit Valentin · 3. Dr.

Arnold Brecht · 4. Justice Jacob Panken · 5. Prinz Hubertus zu Löwenstein · 6. Dr. Heinrich Brüning · 7. Dr. George N. Shuster · 8. Wilhelm Sollmann · 9. Abraham Cahan · 10. Dr. Leopold Jessner · 11. Konrad Heiden

*Auszüge aus der Rede von Prinz Hubertus zu Löwenstein nachstehend:*

„Da war es allerdings gut und richtig, heute abend an diese verrätene, verleumdete, beschimpfte und dennoch große Republik von Weimar zu denken. Meine Freunde - Männer haben zu Ihnen gesprochen, die Friedrich Ebert kannten. Ich habe ihn nicht gekannt. Ich war zwölf Jahre alt, als der Zusammenbruch von 1918 kam. Aber ich erinnere mich nur zu gut an die Hoffnungslosigkeit, an das Elend, die Not, den Hunger jener Jahre, durch den ich selbst gegangen bin. Ich erinnere mich, wie diese Republik kam. Der Friedenvertrag von Versailles ist heute mehrmals erwähnt worden. Schlimmer vielleicht als die äußeren Bedingungen war die Tatsache, daß die deutschen Vertreter von Frieden und Gerechtigkeit, die Vertreter des demokratischen Gedankens vor ihrem Volke beschämt wurden durch jene außerhalb der Grenzen, die von Demokratie gesprochen und ihre Versprechen nicht gehalten hatten.“ ...

„Viel ist in den folgenden Jahren geschehen, um die Republik zu zerstören. Es ist nicht nötig, daß ich noch einmal erinnere an die Fortsetzung der Hungerblockade neun Monate nach Revolution und Waffenstillstand, an die Kämpfe mit dem Spartakusbund, an die Nationalsozialisten, die 1923 zur Macht strebten, an die grauenhafte Inflation, die den Mittelstand zerschlug. Die Republik hat dennoch alle Krisen überstanden, und das ist vielleicht eines der großen Wunder der Geschichte.

Oder vielleicht ist es gar kein Wunder. Denn es zeigt nur, daß das Deutsche Volk in jener schwersten Zeit nichts zu tun haben wollte mit den Aposteln der Diktatur, den Aposteln der Gewalt, der Verantwortungslosigkeit. Und daß die Republik eine Führung bekam, die die Überwindung dieser großen Krisen ermöglichte, das ist Friedrich Eberts großes Verdienst. Auf ihn paßt das Wort, das berühmte Wort, das Ludwig Uhland in der Paulskirche sprach: „Es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Öls gesalbt ist“.

Friedrich Ebert, der als Parteimann anfang, wurde der Vertreter der ganzen deutschen Nation. Und als das wird er weiterleben. Wir, die jungen, verdanken ihm unendlich viel. Wir verdanken ihm, daß wir Jahre verleben durften, über denen der Morgenglanz eines jungen und edlen Staates lag. Und während diese Farben Schwarz-Rot-Gold heute vor uns stehen, denken wir an die Tage und Stunden und Jahre schwarz-rot-goldner Kameradschaft in Deutschland zurück, in einem Deutschland, das wir Ebert verdanken. Als Katholik denke ich daran,

daß es die Weimarer Republik unter Führung Eberts war, die volle religiöse Freiheit und volle Gleichberechtigung herstellte. Unter der Herrschaft der Republik ist Berlin die größte katholische Stadt Deutschlands geworden.“ ...

*Nachfolgend Auszüge aus der Rede von Dr. Heinrich Brüning:*

„Zu meiner großen Genugtuung höre ich, daß Sie zum zwanzigsten Jahrestag des Todes des Präsidenten Ebert eine Gedächtnisfeier für ihn und sein Werk vorbereiten. Ich bin froh, daß Sie und Ihre Freunde diesen Tag nicht vorübergehen lassen wollen, ohne vereint seiner zu gedenken. Ebert wird eine der wichtigsten Erscheinungen der Nachkriegszeit bleiben. Ihm wird, wie ich hoffe, eines Tages das deutsche Volk volle Anerkennung zollen für die unermüdliche staatsmännische Arbeit, die er unter den allerschwierigsten und demütigendsten Bedingungen geleistet hat.

Ich erinnere mich, mit welcher Spannung ich der ersten Begegnung Ende 1919 entgegenseh. Ich hatte vorher nie mit ihm gesprochen. Meine Haltung ihm gegenüber war kritisch. Sein persönliches Auftreten und die wenigen Worte, die ich mit ihm wechselte, gaben mir unmittelbar einen tiefen Eindruck von der großen Einfachheit seines Wesens, seinem angeborenen Takt, der Klugheit und dem gesunden Urteil, die er im Gespräch an den Tag legte. Zum ersten Mal begriff ich da, warum so viele aus meinem Bekanntenkreis, die für das neue Regime nicht allzuviel Wohlwollen aufbrachten, mit Anerkennung, wenn nicht mit Bewunderung, von der Persönlichkeit Eberts und seiner staatsmännischen Kunst sprachen.

In den folgenden Jahren lernte ich Ebert immer mehr schätzen und bewundern. Ohne jemals seine eigenen Ideale aufzugeben, die, wie ich glaube, fester auf den demokratischen Traditionen seiner Heimat und Jugendzeit, denn auf politischen Theorien beruhten, bewies er als Präsident Gerechtigkeit, Unparteilichkeit und kluge Voraussicht. Diese Eigenschaften wurden entscheidende Faktoren für die Rettung Deutschlands in den kritischen Jahren nach dem letzten Kriege. Ich weiß, wie starke Freundschaftsbande ihn mit seinen eigenen Parteigenossen verknüpften und wie schwer ihm manche Entschlüsse wurden, besonders im Jahre 1923. Dennoch hat er immer nur den Mann in das Kanzleramt berufen, von dem er annahm, daß er zur Lösung der Probleme des Augenblicks der geeignetste war.

Respekt und Bewunderung wandelten sich zu lebhafter persönlicher Sympathie, als die Verleumdungskampagne gegen ihn und seine Anhänger immer höher ihr Haupt erhob. Ich begriff, daß die Demütigungen und besonders die Fortdauer der Blockade nach dem Waffenstillstand im Volke Gefühle der Bitterkeit weckten, und daß sich diese Gefühle gegen ihn richten mußten, der gerade im Amt war. Ich konnte jedoch niemals verstehen, daß Eberts menschliche Würde und schöpferische Staatsmannskunst keine bessere allgemeine Würdigung fanden.

Es ist mein Wunsch und meine Hoffnung, daß einmal ein großer Historiker Eberts politisch-ideelle Entwicklung in den letzten sechs Monaten des Krieges und während der Revolution darstellen möge. Wenn dies ohne tendenziöse Verzerrung geschieht, dann werden - des bin ich gewiß - kommende Generationen des deutschen Volkes seinen unerschütterlichen Mut gegenüber dem spartakistischen Massensturm und seinem instinktiv gesunden Verständnis konstitutioneller Probleme hohe Anerkennung zollen. Sie werden finden, daß er niemals sein Ideal aus dem Auge verloren hat, die Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern, soweit die Friedensbedingungen es irgend gestatteten. Daß er aber dabei immer wirklichkeitsnah und, im besten Sinne des Wortes, eine aufbauende Natur war. Seine Stellung zu den Fragen des Verfassungsrechtes und der parlamentarischen Demokratie war immer konstruktiv, niemals demagogisch. ...“

Wir haben ganz bewußt die Auszüge aus den Reden von Reichskanzler a.D., Heinrich Brüning, und Prinz Hubertus zu Löwenstein gewählt, die nicht, wie Friedrich Ebert, der SPD angehörten. Dr. Brüning war Mitglied des Zentrums und Prinz zu Löwenstein war nach 1949 Bundestagsabgeordneter der CDU.

Die Hoffnung von Dr. Brüning, daß das deutsche Volk einmal mit Bewunderung der großartigen Leistungen seines ersten Präsidenten gedenken werden, erwies sich als trügerisch. Dies ist wahrlich kein Ruhmesblatt für Deutschland, insbesondere aber für seine Politiker, seine Partei und nicht zuletzt auch unsere freie Presse, daß die herausragenden Verdienste dieses großen Deutschen für die Einheit, die Freiheit und Demokratie fast in Vergessenheit geraten konnten. Zum 70. Todestag von Friedrich Ebert wurde seiner weder in der Presse noch im Fernsehen gedacht. Und bei den Seminaren, die ich seit 1995 mit ca. 200 jungen Menschen, überwiegend mit Abiturienten, durchführte, konnte niemand mit dem Namen Eberts etwas anfangen. Armes Deutschland!

Eberts vielleicht größte staatsmännische Leistung war sein Auftreten während es Reichsrätekongresses vom 18.-21.12.1918 im damaligen Preußischen Landtag und heutigen Berliner Abgeordnetenhaus. Hier wurde über das Schicksal Deutschlands nach dem verlorenen 1. Weltkrieg entschieden. Die frei gewählten Reichsräte mußten die Entscheidung treffen, ob in Deutschland künftig eine freiheitlich parlamentarische Demokratie oder eine Diktatur nach sowjetischem Vorbild, eine sogenannte Räterepublik, eingeführt werden sollte.

Nur durch sein leidenschaftliches Eintreten für die Demokratie und mit seiner staatsmännischen Rede überzeugte Ebert eine übergroße Mehrheit der Räte, so daß sie für die Demokratie stimmten. **Das war die Geburtsstunde des ersten deutschen demokratischen Staates.**

Nun sollte man meinen, daß an dieser geschichtlichen Stätte eine Gedenktafel auf dieses historische Ereignis hinweist und die entscheidende Rolle, die Ebert hierbei gespielt hat. Doch weit gefehlt! Vor fast drei Jahren hat das Reichsbanner einen Antrag auf die Errichtung einer Gedenktafel an die damalige Präsidentin des Berliner

Abgordnetenhaus gestellt - doch man hat sich bisher noch zu keiner Entscheidung durchringen können. Auch dies ist kein Ruhmesblatt.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird sich unermüdlich dafür einsetzen, daß wenigstens zum 75. Todestag von Friedrich Ebert eine Gedenktafel am jetzigen Berliner Abgeordnetenhaus angebracht und dabei in einer würdigen Feier auf die einmaligen Verdienste von Friedrich Ebert, die er für Deutschland erbracht hat, hingewiesen wird.

Deutschland ist Friedrich Ebert zu allergrößtem Dank verpflichtet und steht tief in seiner Schuld. Gedankt wurde es Ebert nicht. Deutschnationale bis hin zur

Volkspartei konnten es nicht verwinden, daß anstelle des blaublütigen Kaisers, selbst wenn er außer markigen Sprüchen und der Verantwortung für eine geradezu dilettantische Außenpolitik nicht viel zu bieten hatte, nun ein ehemaliger Sattlergeselle Staatsoberhaupt war. Sie, die Mitschuld hatten an dem verlorenen 1. Weltkrieg, überzogen Ebert nach dem Versailler Diktatfrieden mit einer beispiellosen Hetzkampagne. Er wurde gedemütigt, verleumdet und mit Prozessen überzogen. Er erfuhr, daß Undank der Welt Lohn ist. Helfen wir alle mit, wenigstens einen Teil dieser Schuld abzutragen.

*Hans Bonkas*

## Georg Prinz wurde 75 Jahre

Georg Prinz war einige Jahre Bundesvorsitzender unseres Reichsbanners und arbeitete später als Bundesehrenvorsitzender im Bundesvorstand mit an der Weiterentwicklung unseres traditionsreichen Reichsbanners. Dafür unseren Dank!

Seit fast 30 Jahren ist Georg Prinz auch noch Vorsitzender der Union Deutscher Widerstandskämpfer und Verfolgtenverbände e.V., des Dachverbandes zahlreicher deutscher Verfolgtenverbände, den er 1963 mitbegründet hat. Der Jurist, der durch die Rassengesetze des Hitlerreiches schwere Schicksale erlitten hat, blieb im-

mer ein Patriot, dem es um demokratische Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, innerdeutsche und internationale Versöhnung ging.

Für seine Verdienste um Volk und Staat wurde Georg Prinz - neben anderen Auszeichnungen - 1983 das Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Am Sonntag, dem 12. Januar wurde Georg Prinz 75 Jahre alt. Wir beglückwünschen ihn und hoffen auf weitere gute Zusammenarbeit.

### Leserbrief

## Eine Erwiderung

### - Ein Bekenntnis zur freiheitlich-westlichen Demokratie

Obwohl ich erst seit kurzem dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold angehöre, nehme ich mir die Freiheit, kritisch Stellung zu nehmen in Bezug auf den Artikel „Hinein ins Volk!“ (Reichsbanner 1/96, Januar).

Als ich, als 19-jähriger wohl einer der Jüngsten im Reichsbanner, diesen Artikel las, wunderte ich mich, war mir doch die tiefdemokratische Gesinnung des Reichsbanners sehr wohl bekannt.

Der Anlaß für diesen Artikel meinerseits, liebe Kameradinnen und Kameraden, liegt weniger in dem vom Verantwortlichen skizzierten Bild unserer Wirtschaft. Dies mag in Teilen richtig sein. Wenn der Autor des angesprochenen Artikels jedoch weiter von einem „die Medienwelt beherrschenden Amerikanismus ...“ etc. schreibt, so verfällt er in die gleiche Tonart, wie sie schon Teile der „68er“ bzw. der Rechten in Westdeutschland zur Zeit des Vietnamkrieges anschlugen. Der des weiteren vom Autor propagierte Sozialismus mit deutlich mehr als patriotischen Tönen, läßt den Leser an - Gott sei Dank - längst vergessen geglaubte Zeiten erinnern.

Es scheint, hier verkommt der Patriotismus zum Nationalismus.

Zu guter Letzt sollte sich der Autor des von mir kritisierten Artikels auch einmal fragen, wem wir Deutschen unsere Wirtschaftswunder nach Kriegsende und unsere freiheitlich westliche Demokratie zu verdanken haben! Klar sollte sein, daß im Reichsbanner außer solchen reaktionären Meinungen auch solche zu Wort kommen, die über Ressentiments erhaben sind!

*Marco Vogt, Düsseldorf*

### **GEHT ALLE ZUR KOMMUNALWAHL AM 2. MÄRZ 1997 IN HESSEN**

Wir als aktive Demokraten betrachten es als selbstverständliche Pflicht, zur Wahl zu gehen und eine demokratische Partei zu wählen. Republikfeindliche Parteien dürfen keine Stimme erhalten, weil sie jeden demokratischen Fortschritt verhindern wollen. Bitte veranlaßt zögernde Bürger, auf keinen Fall diese wichtige Wahl zu versäumen. Gerade die wichtigen Aufgaben der Kommune betreffen jeden Bürger. **Deshalb unser Appell: Geht zur Wahl!!!**

## Reichsbanner intern

### Ortsverein Frankfurt

Wir möchten nochmals an unseren zentralen Treffpunkt erinnern und bitten, davon regen Gebrauch zu machen. Nach der Renovierung unseres Büros im Zwischenstock des Parkhauses Konstablerwache sind die Sprechstunden jeden 1. Mittwoch von 14.00 - 16.00 Uhr, wo auch die Beiträge direkt eingezahlt werden können.

*Hans Brück*


Wie schon in unseren letzten Zeitungen mitgeteilt worden ist, kostet die Zeitung für das ganze Jahr jetzt DM 8.- zuzüglich DM 2.- für Versandkosten, also insgesamt DM 10.-.

### Bundeskonzferenz am 10./11. Mai

In einem Rundschreiben erhalten alle Ortsvereine und Landesbezirke die Einzelheiten. Alle Teilnehmer bitten wir, diesen Termin vorzumerken, damit ein vollzähliges Erscheinen sichergestellt ist.

*Alfred Körner*

## "Gegen Vergessen - Für Demokratie"



Gegen Vergessen  
Für Demokratie e.V.

Die überparteiliche Organisation "Gegen Vergessen - Für Demokratie" ist von Dr. Hans-Jochen Vogel, Bundesminister a.D. und ehemaliger Vorsitzender der SPD mitbegründet worden und hat einen wachsenden Zulauf von aktiven Demokraten. Im Vorstand und im Beirat sind politische Persönlichkeiten aller demokratischen Parteien, die auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen. Vorsitzender ist Dr. Hans-Jochen Vogel, stellvertretende Vorsitzende sind Dr. Hanna Renate Laurien, Präsidentin des Abgeordnetenhauses a.D. und Friedrich Schorlemmer, Pastor, Wittenberg..

Die wesentliche Aufgabe dieser Organisation sollen die Bekämpfung von Neo-Nazis und Extremisten, das Eintreten gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sein. Dies ist auch ein Teil unserer Aufgaben als traditionsreiches Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Immerhin sind wir bereits 1924 in Magdeburg gegründet worden und hatten in der Weimarer Zeit 3 1/2 Millionen Mitglieder, also mehr als alle anderen Parteien.

Am 31. Oktober und 1. November fand die Mitgliederversammlung der Organisation „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ in Frankfurt statt. Vertreten waren Mitglieder aus der ganzen Bundesrepublik. Auf Empfehlung unseres Münchner Mitgliedes und Veteranen Rudolf Vohmann, der bereits Mitglied war, bin ich als Bundesvorsitzender unseres Reichsbanners repräsentativ auch Mitglied geworden und nahm an der Mitgliederversammlung teil. Dort hatte ich Gelegenheit zu einem kurzen Abriss der Arbeit und Aufgaben unseres Reichsbanners. Mein Vorschlag, daß wir als Reichsbanner im Beirat aufgenommen werden, wurde angenommen. Seitdem vertritt uns dort unser alter Kamerad

Rudolf Vohmann, Ing. a.D., VDI. Der Vorsitzende Hans-Jochen Vogel wird unserer Reichsbannerzeitung ein Interview geben und leitet damit gleichzeitig die Zusammenarbeit beider Organisationen zur Bekämpfung aller Feinde der Demokratie ein. Möge es gelingen!

*Alfred Körner*

Das Reichsbanner Erscheint seit 1924  
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Das Konto unserer Bundeskasse ist bei der Bank für Gemeinwirtschaft in 60325 Frankfurt am Main, Konto-Nr. 100 77 651 00, BLZ 500 101 11.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.

Redaktion und Pressesprecher: Alexander Matwejew (presserechtlich verantwortlich), Hans Bonkas (stellv. Pressereferent).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.